



Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam und Research Fellow am IZA. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Warum der Reformprozess in Griechenland unter Aufsicht der Troika gescheitert ist

Fünf Jahre sind vergangen, seitdem die griechische Regierung wissen ließ, sie könne ihre Staatsschulden nicht bedienen. Das primäre Ziel ihrer Gläubiger war es, unter Aufsicht der Troika den laufenden griechischen Staatshaushalt möglichst schnell auszugleichen. Der Fokus lag also auf dem Budget. Man fragt sich nur, ob es den vergangenen Regierungen und der Troika bewusst war, wie sehr Griechenland nicht nur in einer Staatsschulden, sondern in einer strukturellen Wirtschaftskrise steckt?

Die Prognosen des IWF über das griechische Bruttoinlandsprodukts (BIP) lassen daran zweifeln. Denn zwischen erwartetem und tatsächlichem BIP klafft über fünf Jahre hinweg eine Lücke von jährlich fünf Prozent. Ein massiver Irrtum! Der Fokus auf die Staatsschulden hatte erhebliche Folgen, denn was beim Ansatz der Troika bis heute fehlt, ist der Wachstums- und Investitionsaspekt zur Lösung der griechischen Krise.

Was wurde erreicht in den vergangenen fünf Jahren? Renten, Sozialausgaben und Löhne wurden dramatisch gesenkt. Griechenlands Lohnstückkosten zählen heute zu den niedrigsten im Euroraum, vor der Krise waren sie die höchsten – allein, es gibt kaum etwas, was Griechenland nur deshalb viel besser exportieren kann. Tatsächlich konnte der Primärhaushalt Griechenlands im Jahr 2014 mit einigen Tricks ausgeglichen werden. Aber in Sachen Reformen hat sich zu wenig getan. Das Geschäftsklima in Griechenland hat sich kaum verbessert. Vor allem die bürokratischen Hürden für die Gründung, den Betrieb, aber auch die Schließung von Unternehmen sind hoch geblieben. Kein Wunder, dass in Griechenland kaum jemand investieren will.

Hier zeigt sich, dass der Reformprozess unter Aufsicht der Troika gescheitert ist, auch sie hat nicht ausreichend auf der Umsetzung dieser Reformen beharrt; diese hätten im ersten Jahr erfolgen müssen, parallel zu den Kostensenkungen. Und was noch viel schlimmer ist: Dass gerade die jungen, innovativen Unternehmen mit zukunftsfähigen Produkten substantielle Investitionen in Forschung und Entwicklung

benötigen, steht bis heute auf keiner Agenda. Dabei hätte Griechenland eine gute Basis an Forschern und Entrepreneuren, die das Land voran brächten, wenn man sie nur ließe.

Hinzu kamen von Anfang an atmosphärische Störungen: Der Umgang der Troika mit den griechischen Regierungen war alles andere als kooperativ. Statt mit den Griechen gemeinsame Ziele zu definieren, machten die Kontrolleure Vorgaben. Einzelne „Projekte“, wie die neue Immobiliensteuer, haben sich als substantielle Fehler erwiesen. Solche Bestandssteuern mögen leicht zu erheben sein, sie haben aber katastrophale Verteilungswirkungen. Für weniger Wohlhabende, deren Haus ihr ganzes Vermögen ist, bedeutet eine solche Steuer häufig die Pleite.

Aber auch der Umgang der griechischen Regierungen mit der Troika war schlecht. Versuche, die Vereinbarungen zwischen Gläubigern und Griechenland inhaltlich in irgendeiner Form zu verhandeln, gab es aus Athen nicht. Stattdessen wurde die Troika in der griechischen Öffentlichkeit als „Besatzer“ dargestellt. Die Vorschläge der Troika wurden nie als Chance begriffen, das Land zu modernisieren. Daher steht Griechenland da, wo es von einer populistischen Regierung übernommen wurde, die schlicht konstatiert: „Griechenland wurde kaputt gespart“. In einem hat sie recht: Die Ungleichverteilung in Griechenland ist nach den Sparmaßnahmen noch größer als vor fünf Jahren. Und das destabilisiert auch dieses Land.

Jetzt beginnt das Spiel also von vorne: eine neue Regierung, die wieder glaubt, Griechenland stecke nur in einer Staatsschuldenkrise. In jedem Fall braucht der weitere Reformprozess in Griechenland neue Spieler, etwa die OECD. Und eins ist auch klar, wenn die notwendigen Veränderungen – also Strukturreformen und Investitionen – zur Stärkung der privaten Wirtschaftskräfte nicht bald erfolgen, wird die Geduld der Europartner mit Griechenland irgendwann am Ende sein.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Marie Kristin Marten
Dr. Anika Rasner
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Dr. Uwe Kunert
Dr. Sebastian Schwenen

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.